



Jeder 3. Betrieb im Südwesten steht still, 4 von 10 müssen Personal abbauen | 83 Prozent erwarten Umsatzeinbrüche – Soforthilfen und Kurzarbeit wichtig

Ergebnisse Corona-Konjunkturumfrage März – Mai 2020

Aktuelle Lage der Industrie

Um einen dramatischen Stellenabbau in Baden-Württemberg zu verhindern, braucht die Industrie im Land ein differenziertes Maßnahmenpaket. Ohne Verlängerung des 21-monatigen Kurzarbeitergeldes über den 31.12.2020 hinaus, weitere Anpassungen und Korrekturen im Steuerrecht, Entbürokratisierung, den raschen Ausbau des Glasfaser- und Mobilfunknetzes sowie Innovations- und Start-Up-Förderung wird nach Ansicht der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg ein erfolgreicher Neustart für die Kernbranche des Landes nicht gelingen, stellt Johannes Schmalzl klar, Hauptgeschäftsführer der IHK Region Stuttgart, der beim BWIHK für Fragen der Konjunktur und Beschäftigung zuständigen Kammer.

Die Industrie stellt knapp 25 Prozent der Arbeitsplätze und 32 Prozent der Wertschöpfung in Baden-Württemberg. Umso mehr geben die aktuellen Beschäftigungspläne der Industrie Anlass zur Besorgnis: rund 40 Prozent der Industriebetriebe planen einer kürzlich durchgeführten BWIHK-Umfrage zufolge Personal abzubauen, 56 Prozent rechnen mit gleichbleibenden Beschäftigtenzahlen, nur zwei Prozent wollen mehr Personal einstellen. Die drastischen Stelleneinsparungen resultieren aus der über Wochen andauernden Produktionseinstellung sowie dem anhaltenden Rückgang der Nachfrage: 81 Prozent der Unternehmen verzeichnen Nachfragerückgänge und 44 Prozent berichten über die Stornierung bereits eingegangener Aufträge. Dabei klagen 96 Prozent der befragten Industriebetriebe über sinkende Inlandsnachfrage, 79 Prozent über fallende Nachfrage aus der EU, 60 Prozent melden geringere Auftragseingänge aus dem Nicht-EU-Ausland. „Die Umfrageergebnisse, der für das Land so wichtigen Branche, sind beängstigend“, so Schmalzl. Demnach erwarten 70 Prozent der teilnehmenden Industriebetriebe für 2020 einen Umsatzrückgang im zweistelligen Bereich. Lediglich gut vier Prozent spüren keine negativen Auswirkungen des Corona-Virus auf Ihre Geschäfte. 26 Prozent der Unternehmen berichten von Liquiditätsengpässen. Sechs Prozent droht nach eigenen Angaben sogar die Insolvenz. „Die Industrie braucht neben aktuellen Hilfen bessere Rahmenbedingungen“, so Schmalzl. „Die Soforthilfen löschen das Feuer, aber wir brauchen in den nächsten Monaten längerfristig wirksame Instrumente.“

Mai-Ergebnisse branchenübergreifend



Mehr als ein Drittel befragter Unternehmen in Baden-Württemberg stehen still. Das zeigt eine Umfrage des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags (BWIHK), an der sich rund 2.000 Unternehmen aller Größenklassen und aus allen Landesteilen beteiligt haben. Die Blitzumfrage lief von Montag, 4. Mai, 08:00 Uhr, bis Mittwoch, 6. Mai, 17:00 Uhr.

Vor allem schlägt sich die Corona-Krise in Umsatzrückgängen für das Gesamtjahr nieder. Über 80 Prozent der Betriebe rechnen mit Umsatzrückgängen. Von den Befragten gehen 71 Prozent von zweistelligen Umsatzeinbrüchen aus. Jedem fünften Betrieb (21,5 %) werden mindestens die Hälfte seiner Jahresumsätze wegfallen. „Die erwarteten Umsatzrückgänge sind erschreckend. Für eine Vielzahl der Unternehmerinnen und Unternehmer ist das existenzbedrohend. Es geht noch nicht für alle Wirtschaftszweige weiter. Die Politik hat zumindest für weitere Betriebe eine Perspektive aufgezeigt“, sagt Marjoke Breuning, BWIHK-Vizepräsidentin und Präsidentin der für volkswirtschaftliche Fragestellungen federführenden IHK Region Stuttgart.

Laut Umfrage wirkt sich die schlechte wirtschaftliche Situation auch auf die Beschäftigtenpläne der Betriebe aus: 36 Prozent der Unternehmen im Südwesten planen Personal abzubauen. Die Branchen Reisewirtschaft und Gastronomie sind besonders stark betroffen, hier kommen 69 bzw. 76 Prozent der Betriebe nicht um eine Reduzierung ihrer Beschäftigtenzahlen herum. Im Verkehrs- und Lagereigewerbe sieht sich fast jedes zweite Unternehmen zu einem Personalabbau gezwungen.

Industrie

Die Nachfrage nach Industrierzeugnissen bleibt weiterhin im Sinkflug. Die Corona-Krise hat 87 Prozent der Unternehmen Nachfragerückgänge beschert, 44 Prozent berichten über die Stornierung bereits eingegangener Aufträge. 96 Prozent klagen über eine sinkende Inlandsnachfrage, 79 Prozent über eine fallende Nachfrage aus der EU, 60 Prozent melden geringere Aufträgeingänge aus dem Nicht-EU-Ausland. Ein zusätzliches Problem stellen gestörte Wertschöpfungsketten dar (27 Prozent). 16 Prozent machen sich auf die schwierige Suche nach neuen Lieferanten. An eine Rückverlagerung nach Deutschland denkt jedes zehnte Industrieunternehmen, das Ausland ist dagegen nur für wenige rückverlagerungswillige Industriebetriebe eine Option (weniger als 2 Prozent).

Handel

Zumindest zeigt die Erlaubnis zur Wiedereröffnung im Einzelhandel einen ersten Lichtblick: In der vergangenen Umfrage, Ende März, klagten noch über 71 Prozent der Teilnehmer, dass sie ihrer Geschäftstätigkeit nicht nachgehen zu können. Jetzt sind es noch 33 Prozent. Trotz der Ladenöffnungen ist der Anteil der Einzelhändler mit zweistelligen Umsatzeinbrüchen nur leicht von 84 auf 80 Prozent zurückgegangen. Es

melden 87 Prozent der Betriebe zudem eine gesunkene Kundenzahl. 16 Prozent klagen darüber, dass nur noch ein Viertel der Vorkrisenkunden in ihre Geschäfte kommen. Nur knapp über 15 Prozent der teilnehmenden Einzel- und Großhändler berichten über gleichbleibenden bzw. leicht steigenden Umsatz gegenüber der Vorkrisenzeit. 13 Prozent haben fast gar keine Kunden mehr. „Trotz der erfolgten Lockerungen fallen die ersten Zeichen der Besserung im Einzelhandel unterdurchschnittlich aus“ sagt BWIHK-Vizepräsidentin Breuning.

Hotel- und Gastronomiegewerbe

Der Anteil der Betriebe mit zweistelligen Umsatzeinbußen stieg marginal auf sehr hohem Niveau von 89 auf 91 Prozent. „Im Gastgewerbe sieht es weiterhin besonders düster aus, dies war zu erwarten. Drei von zehn Hotels- und Gaststätten droht die Insolvenz. Nur in der Reisewirtschaft ist die Zahl der von einer Insolvenz bedrohten Betriebe noch höher (53 Prozent). Zwar ist geplant, dass die Außengastronomie noch vor Pfingsten wieder öffnen darf. Ob das aber einen nennswerten positiven Effekt bringt, bleibt abzuwarten“, so Breuning.

Weitere Ergebnisse

Fast zwei Drittel der Unternehmen geben an, dass der Eigenkapitalrückgang ihre Finanzierungssituation belastet. Ein Viertel der Unternehmen meldet Liquiditätsengpässe vor allem als Folge von Forderungsausfällen und des Anstiegs ungesicherter Forderungsbestände. „Die Liquidität kleinerer Unternehmen konnte durch die Soforthilfe von Bund und insbesondere des Landes zu Beginn der Krise entlastet werden. Die Unternehmen haben in den letzten zehn Jahren Eigenkapital aufgebaut, doch das ist in einer solchen Krise schnell verzehrt“, sagt Breuning. Insgesamt klagen zwei Drittel der Unternehmen über eine abnehmende Nachfrage. Davon ist nahezu jeder Betrieb (96 Prozent) von einem Rückgang der Inlandsnachfrage betroffen. Auch die Nachfrage innerhalb des europäischen Binnenmarktes nimmt für fast jedes zweite Unternehmen dieser Gruppe ab.

Ausblick

Der Weg bis zur Rückkehr zur Vorkrisen-Geschäftstätigkeit wird für viele Unternehmen lange dauern: Knapp 28 Prozent der Betriebe geben an, 2021 zur Normalität zurückzukehren, jeweils sechs Prozent rechnen damit, dass es noch länger dauern wird oder befürchten, nie mehr zur Vorkrisen-Normalität zurückzukehren. „Von einem Normalzustand sind wir noch weit entfernt. Dennoch gilt es auch in dieser Zeit an die Zukunft zu denken. Gerade die Ausbildung junger Menschen darf nicht auf der Strecke bleiben. Noch vor einigen Monaten haben wir den Fachkräftemangel beklagt. Im Aufschwung, nach der Krise brauchen wir, Unternehmerinnen und Unternehmer, gut ausgebildete Fachkräfte. Es wäre fatal, wenn die Ausbildungszahlen dieses Jahr einbrechen. Neben der Ausbildung, sind Investitionen in Digitalisierung von hoher Bedeutung“, mahnt Marjoke Breuning. Dies zeigen auch die Zahlen: Am häufigsten

wollen die Unternehmen der Krise mit einer verstärkten Digitalisierung und Rationalisierungsmaßnahmen begegnen (jeweils 36 Prozent). Ein Viertel der teilnehmenden Betriebe will das Geschäftskonzept umstellen, indem andere Kundengruppen angesprochen werden oder man andere Absatzmärkte und -wege geht. „Die Auswirkungen der Corona-Krise sind gravierend. Leider zeigt die Unternehmensumfrage, dass es nur kleine Lichtblicke gibt. Gerade bei Hotel- und Gastronomiebetrieben oder der Tourismus- und Reisebranche bedarf es eines klaren Fahrplans, der Hoffnung macht“, betont BWIHK-Vizepräsidentin Breuning.

März-Ergebnisse branchenübergreifend

Die Auswirkungen der Corona-Krise sind inzwischen in fast allen Betrieben in Baden-Württemberg zu spüren. Laut einer neuen Blitzumfrage des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags (BWIHK) geben etwa 93 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie negative Auswirkungen des Coronavirus auf ihre Geschäfte spüren.

Marjoke Breuning, BWIHK-Vizepräsidentin und Präsidentin der IHK Region Stuttgart, die für volkswirtschaftliche Themen federführende IHK sagt: „Dieses Ergebnis zeigt, dass vielen Betrieben das Wasser bis zum Hals steht.“ Die IHKs tun derzeit alles, um in Hotlines und per E-Mail sowie mit Online-Informationen die Mitgliedsbetriebe zu unterstützen. „Die in der IHK Stuttgart eingesetzten IHK-Beschäftigten hören in den Hotlines täglich von dramatischen Situationen, weil etwa Restaurants, Fitness-Studios und Geschäfte schließen mussten oder der unterbrochene Personen- und Warenverkehr für Industriebetriebe Lieferketten und Nachfrage zum Erliegen bringen“, so Breuning. Hier stehen laut Breuning viele Existenzen von Unternehmerinnen und Unternehmern auf dem Spiel. Sie lobt das Engagement der Landesregierung, die mit Soforthilfen für Härtefälle und Steuerstundungen schnell reagiert habe. Auch die Sonderhilfen des Bundes sind wichtig, um Liquidität und damit unternehmerisches Überleben zu sichern. Nachbesserung ist laut BWIHK noch bei der staatlichen Kreditabsicherung in den Förderprogrammen nötig, die mit 100 Prozent erfolgen sollte. Diese Absicherung soll bei 80 oder 90 Prozent liegen. Breuning: „Ohne 100-Prozent-Absicherung sind die Banken zu zeitaufwändigen Prüfprozessen gezwungen, für die jetzt keine Zeit ist.“

Zu den weiteren Ergebnissen der Umfrage, an der 1.503 Betriebe aus Baden-Württemberg in dieser Woche teilgenommen haben: Etwa 83 Prozent rechnen in diesem Jahr mit einem Umsatzeinbruch, 77 Prozent geben an, dass dieser im zweistelligen Bereich liegen wird.

Dabei klagt der größte Anteil (67 Prozent), der befragten Unternehmen über eine geringere Nachfrage nach ihren Produkten und Dienstleistungen, 46 Prozent berichtet

von stornierten Aufträgen. Bei 41 Prozent kam es zum kompletten Stillstand oder zumindest in großen Teilen der geschäftlichen Tätigkeit, zum Beispiel wegen Produktionseinstellung oder Schließung des Geschäfts. Im Hotel- und Gaststättengewerbe sind hiervon sogar 92 Prozent betroffen, im Einzelhandel 71 Prozent. In der Branche Verkehr, Lagerei und Reisewirtschaft klagen etwa 67 Prozent der Unternehmen über Auftragsstornierungen, im Gastgewerbe sind es 69 Prozent. Zudem sagen insgesamt 38 Prozent, dass sie Personal abbauen müssen, im Hotel- und Gaststättengewerbe 76 Prozent, im Wirtschaftszweig Verkehr, Lagerei, Reisewirtschaft 53 Prozent.

Die Umfrage zeigt auch, welche der bisherigen Unterstützungsmaßnahmen aus Sicht der Unternehmen in der Krise von besonderer Relevanz sind. Dabei ist die Möglichkeit der Einführung von Kurzarbeitergeld für 76 Prozent wichtig. 66 Prozent halten die Soforthilfen in Form von Zuschüssen für bedeutend. Etwa 60 Prozent der befragten Unternehmen nennen Steuerstundungen und die Herabsetzung von Vorauszahlungen. Dabei geben 40 beziehungsweise 63 Prozent an, dass die Politik bei diesen beiden Themen sowie bei Unternehmenssteuersenkungen kurz- bis mittelfristig Erleichterung verschaffen sollte. Auch beim Thema Soforthilfe sollte laut 53 Prozent der befragten Unternehmen nachgebessert werden.

Die Blitzumfrage wurde vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) durchgeführt. Fast 15.000 Betriebe aus allen Regionen und Branchen haben teilgenommen, davon 1.503 Unternehmen aus Baden-Württemberg. Dabei verteilen sich die Teilnehmer zu 47 Prozent auf die Dienstleistungen, 27 Prozent auf die Industrie, 19 Prozent auf den Handel und sieben Prozent auf den Bau. Ungefähr 68 Prozent haben weniger als 200 Beschäftigte.

Ansprechpartner zur BWIHK-Konjunktur:

BWIHK | Federführung Volkswirtschaft
IHK Region Stuttgart
Philip Reimers
Telefon: 0711 2005-1425
E-Mail: philip.reimers@stuttgart.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.